

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Jährenbrach, Düsseldorf, Florstr. 7, Tel. 127 92. Druck und Versand Joh. van Aken, Krefeld, Puff. Str. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat I.—III.

Nummer 50

Düsseldorf, den 17. Dezember 1932

Verantwortl. Krefeld

## Sozialer Kurs!

M. Die Bildung der neuen Regierung scheint doch unter einem besseren Stern zu stehen, als Pessimisten zunächst glauben mochten. Es ist Herr von Schleicher — nicht zuletzt dank seines vorsichtig-klugen Vorgehens — wider vieler Erwartungen geglückt, aus Vertretern der alten Regierung und „neuen Männern“ ein Kabinett zusammenzustellen, das alle Ausichten hat, den drohenden Klippen auszuweichen, an denen die neue Regierung nur zu leicht schon in ihren ersten Lebenstagen hätte scheitern können. Das ist nicht allein auf die offenbar wieder allmählich zurückkehrende Besinnung der Parteien — insbesondere der NSDAP. nach ihrem Wahlverlust in Thüringen — zurückzuführen, sondern zu einem wesentlichen Teile auch durch das maßvolle kluge Verhalten des Herrn von Schleicher selbst erreicht worden.

Herr von Schleicher ist sich offenbar der Tatsache wohl bewußt, daß er breite Kreise des Volkes, und nicht zuletzt der Arbeitnehmerschaft, kein unbeschriebenes Blatt mehr ist und daß die ihm entgegengebrachten Sympathien zum mindesten durch ebensoviele Reserve und abwartende Zurückhaltung ergänzt werden. Er hat darum gut daran getan, sich zunächst durch wiederholte Besprechungen mit den Führern der Gewerkschaften deren zukünftigen oder wenigstens tolerierenden Haltung zu versichern und sich so eine Resonanz zu schaffen, die auch auf die politischen Parteien nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Die „Opposition“ der Parteien zeigte eine erfreuliche Mäßigung und zog es vor, einen erneuten offenen Konflikt des Reichstages mit der Regierung zu vermeiden. Damit dürfte — wenigstens zunächst — die Stellung der neuen Regierung gesichert sein. Das ist besonders dann der Fall, wenn die neuen Regierungen wirtschaftspolitische Maßnahmen der Durchführung harren, die angesichts der bevorstehenden Wintermonate keinen Aufschub mehr dulden.

Es ist klar, daß die Gewerkschaften bzw. die Führer derselben ihre Haltung gegenüber dem neuen Kabinett abhängig machen mußten von der Bedingung eines sozialen Kurses in der künftigen Regierungspolitik; also von der Bedingung der Wiedergutmachung und Reform jener Papenschen Notverordnungs-Ungerechtigkeiten, die der Arbeitnehmerschaft aufgezwungen wurden. Die Wiedergutmachung dieses an der Arbeitnehmerschaft begangenen Unrechts muß erste Aufgabe der neuen Reichsregierung sein.

In den vom Deutschen Gewerkschaftsbunde gefaßten nebenstehenden Entschlüssen ebenso wie in dem beachtenswerten Aufsatz Bernh. Ottens, des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, „Was erwartet das Volk und was tut not?“, den wir um seiner grundsätzlichen Bedeutung willen zum Abdruck bringen, sind die Wege gemiesen, die eine sinnvolle und sozial-gerechte Politik der künftigen Monate gehen muß, wenn sie nicht an den gleichen Ursachen scheitern will, wie die letzte Regierung. Man kann im Interesse des Gesamtvolkes nur hoffen und wünschen, daß Herr von Schleicher sich diesen Erkenntnissen und berechtigten Vorbehalten der Arbeitnehmerschaft für die Tolerierung seines Kabinetts nicht verschließt.

Wir haben bereits gesagt, daß Herr von Schleicher für uns keineswegs ein unbeschriebenes Blatt ist. So weit wir davon entfernt sind, ihm in einer ziel- und verantwortungsbewußten Führung entgegenzutreten oder Steine in den Weg zu legen, und so wahrhaft wir ihm in einer positiv aufbauenden politischen Arbeit wollen Erfolg wünschen und reflexlos zur Verfügung stehen, ebensogut aber wissen wir auch aus der Vergangenheit uns (genau so wie andere und nicht zuletzt Herr von Schleicher selbst) der notwendigen Zurückhaltung und Reserve zu bemühen und — abzuwarten. Wir freuen uns der einsichtsvollen sozialen Versicherungen des neuen Kanzlers, freuen uns seiner gemäßigten sympathischen Art und hoffen, in der praktischen Arbeit und Tätigkeit bald den Beweis zu finden, daß die neue Führung wieder einen vernünftigen sozialen Kurs einschlägt.

Im übrigen aber sind wir uns nach der mancherlei Erfahrungen der letzten Jahre darüber klar, daß — mögen die politischen Verhältnisse sich entwickeln wie sie wollen — für uns höchste Voraussetzung für die Wahrung unserer sozialen Belange und staatspolitischen Interessen eine feste, geschlossene Gewerkschaftsbewegung bleibt. Sie ist das Fundament letzten Endes auch für unsere politische Stellung.

## Die Forderungen des DGB. an die Reichsregierung

Die Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahmen in einer Vorstandssitzung am 6. Dezember mit folgender Entschluß Stellung zu den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen:

„Als vorrangige Maßnahme der neuen Reichsregierung fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund die Revision der sozialpolitischen Bestimmungen aller noch in Geltung befindlichen Notverordnungen mit dem Ziel der Beseitigung unerträglicher Härten. Mit besonderem Nachdruck verlangen wir die Aufhebung der in der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932 der Reichsregierung übertragenen Blankovollmacht für die Aenderung der sozialpolitischen Gesetzgebung, sowie die Aufhebung der am 5. September 1932 unter dem Titel „Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit“ erlassenen Lohnsenkungsverordnung.“

Erst unter Voraussetzung einer Abkehr von dem sozialen Kurs des abgetretenen Reichskabinetts besteht die Möglichkeit einer dauerhaften Wirtschaftsbelebung. Zur aktiven Unterstützung des Wirtschaftsaufbaus verlangen wir die Fortführung und Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms; bei aller Betonung der Notwendigkeit einer Belebung der Privatwirtschaft ist darüber hinaus auch die öffentliche Auftragserteilung zu fördern, die unter dem Druck der Finanzkrise fast zum Erliegen gekommen ist. Oberste Gesichtspunkte für ein wirtschaftspolitisches Vorgehen sind die Vermeidung von Geldverwendung der Finanzstellen sowie die Notwendigkeit einer Stabilhaltung unserer Währung; unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist aber eine Anspannung aller Kreditmöglichkeiten vertretbar und unumgänglich.

Der Versuch einer inneren Wirtschaftsbelebung darf nicht durch widersprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen gestört werden, wie es unter dem vorangegangenen Reichskabinett durch die Einleitung der Kontingents-

politik geschah. Wir fordern gerade auch im Interesse der Landwirtschaft eine Steigerung der inneren Kaufkraft; Schädigung der deutschen Ausfuhrinteressen bedeutet aber Minderung der Kaufkraft und infolgedessen mittelbar auch Schädigung der deutschen Landwirtschaft.

Eine Aufgabe, die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung eingeleitet werden muß, aber im Ziel weit darüber hinausgreift, ist die Siedlung, die unter dem letzten Reichskabinett völlig vernachlässigt wurde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert eine zielbewusste Wiederaufnahme der Siedlung in das Arbeitsprogramm der Reichsregierung, wozu vor allen Dingen das Aufgeben einer Landpolitik gehört, die den Anfall von geeignetem Siedlungsland verhindert oder verteuert.

Auch bei fortschreitender Wirtschaftsbelebung und auch im Falle einer erfolgreichen Arbeitsbeschaffung wird die Zahl der Erwerbslosen für absehbare Zeit noch so groß bleiben, daß die Beschaffung von Unterstützungsmitteln eine der wichtigsten Aufgaben aller öffentlichen Haushaltsführung bleibt. Zur Frage der Mittelbeschaffung für die Erwerbslosen erheben wir zwei dringliche Forderungen:

Erstens: in der Arbeitslosenversicherung die Wiederherstellung des Versicherungsgedankens; Leistungen sind auf Rechtsansprüchen aufzubauen und mit den Beiträgen in Einklang zu bringen. Gelingt die Wiederherstellung einer wirklichen Arbeitslosenversicherung nicht, so verlangen wir die Ausweitung der Arbeitslosenversicherung auf die Mittelstandsgruppen. Zweitens: für die Arbeitslosenversicherung fordern wir eine Reform der „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“. Als äußerster Termin dieser Reform sehen wir den 31. März 1933 an, an dem die Verordnung vom 14. Juni 1932 abläuft. Wir wiederholen unsere oft erhobene Forderung, zum Ausgleich der Aufwendung für die Arbeitslosenhilfe an Stelle der jetzigen ungeraden Klassensteuer eine gleichmäßige Belastung aller Einkommensarten durchzuführen.“

## Hilfe für die Arbeitslosen!

In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium wendet sich der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen den Abbau und die Entwertung der Arbeitslosenversicherung. Er fordert die Wiederherstellung der Versicherungsleistungen. In dieser Eingabe weist der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf hin, daß in der Arbeitslosenversicherung der Rechtsanspruch auf Leistung von 26 auf 6 Wochen beschränkt worden ist. Daneben besteht nur noch bei Vorliegen von Hilfsbedürftigkeit ein Anspruch von 10 bzw. 14 Wochen. Diese Leistungen werden einem großen Kreis von Personen vorenthalten, die aber zur Beitragszahlung verpflichtet sind. Das Lohnklassensystem wird stark beeinträchtigt durch die Köpfung der Unterstützungsätze in den oberen Lohnklassen. Tüchtiger Arbeiter ist eine weitere Differenzierung nach unten durch ein Ortsklassensystem eingeführt worden, das neben der Lohnklassen besteht und völlig unbegründete Unterschiede einführt.

Der Winterzuschlag, der den Angehörigen der oberen Lohnklassen und den Ledigen vorenthalten wird, vergrößert die Ungerechtigkeit in der Staffelung der Unterstützung noch mehr. In den oberen Lohnstufen sind die Unterstützungsätze von Anfang an viel niedriger gewesen als in den unteren Stufen. Wenn auch ein sozialer Ausgleich in gewissem Umfange grundsätzlich als berechtigt anerkannt wird, so muß die immer stärkere Benachteiligung der Angehörigen der oberen Lohnstufen mit allem Nachdruck abgelehnt werden. Der Ausschluß der Ledigen von dem Winterzuschlag ist weder vom versicherungsrechtlichen noch vom sozialen Standpunkt aus zu begründen.

Die Voraussetzungen für die Leistungen sind dauernd höher geschraubt, die Wartezeit erheblich verlängert worden. Im günstigsten Falle erhält ein hinderreicher Versicherter nach vierzehn Tagen die erste Unterstützung. Man kann niemandem, der nach oft langer Arbeitslosigkeit nur kurze Zeit gearbeitet hat, zumuten, noch mehr als die gleiche Wartezeit durchzumachen. Die Anrechnung von Renten aus der sozialen Versicherung und Entschädigungen aller Art auf die Unterstützung wird dauernd verweigert. Die Sperrfrist kann heute länger sein als die Zeitdauer der gesamten Versicherungsleistung. Die Freizügigkeit des Arbeitslosen ist aufgehoben worden. Die Krankenversicherung des Arbeitslosen ist von

der Unterstützungsleistung abhängig gemacht worden.

Die Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Sozialversicherung, so wird in der Eingabe ausführlich betont, ist formalistisch und entspricht in keiner Weise dem Bedürfnis, da sie nur für Zeiten zulässig ist, für die Unterstützung gezahlt wird. Rechtzeitige Vorkasse ist hier am Platze. Die Verbindung mit der Unterstützungsleistung ist gerechtfertigt, wenn ohne Rücksicht auf bereits bestehende Gefahr, eine Beitragszahlung erfolgen wird.

Die aller schlimmste Keuerung auf dem Gebiete der Leistungen bedeutet das Erfordernis der Hilfsbedürftigkeit, um Unterstützung nach der letzten Woche zu bekommen. Die Einschaltung der Gemeinden bei der Hilfsbedürftigkeitsprüfung hat keineswegs eine individuelle Prüfung des Einzelfalles zur Folge gehabt. Die Hilfsbedürftigkeit als Voraussetzung der Versicherungsleistung verletzt aufs schwerste das Rechtsbewußtsein und lockert die Familienbildung. Dem Leistungsabbau auf der ganzen Linie steht eine Erhöhung der Beiträge von 3 auf 6,5 Prozent gegenüber. Sie können heute nicht mehr Versicherungsbeiträge genannt werden und werden lediglich als Steuer empfunden, die ungerichtet ist, weil sie nur den Kreis der Lohn- und Gehaltsempfänger, aber nicht die Bezieher der sonstigen Einkommen belastet.

Die Versicherten, so wird in der Eingabe ausgeführt, haben nicht nur zahlreiche Leistungsverschlechterungen, sondern vor allem auch die erhebliche Erhöhung der Lasten ohne Merken auf sich genommen, solange sie die Notwendigkeit dafür einsehen. Jetzt können sie eine solche Notwendigkeit aber nicht mehr anerkennen. Die Versicherungsbeiträge dienen heute zum erheblichen Teil zur Finanzierung der Krisenfürsorge und zur Entlastung der Wohlfahrtsfürsorge.

Zusammenfassend wird in der Eingabe zum Schluß gefordert: Wiederherstellung des Rechtsanspruches auf die Leistung, damit die Beseitigung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung; Anpassung der Unterstützung an den veränderten Lohn; ausschließliche Verwendung der Beiträge für Zwecke der Versicherung; bessere Anpassung der Bestimmungen an die übrigen Zweige der Sozialversicherung; Verbesserung und wirkliche Vereinfachung der übertriebenen Vorschriften bei Anwartschaft, Wartezeit usw.; verstärkte Mitwirkung der Versicherten.

### Notverordnungs-milderungen

Die vielen Notverordnungen der letzten Zeit haben auch sehr weitgehende Kürzungen der Leistungen in der Angestellten- und Invalidenversicherung gebracht. Besonders hart wird es empfunden, daß Kinderzuschüsse und Waisenrenten nicht mehr über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt werden. An Eingaben und Protesten gegen diese Notverordnungsmaßnahmen hat es seitens der organisierten Arbeitnehmerschaft nicht gefehlt. Diese haben bewirkt, daß die Notverordnung vom Sommer dieses Jahres und die Verordnung vom 19. Oktober 1932 Möglichkeiten für Einführung von Mehrleistungen eröffneten.

Der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung hat jetzt von dieser Befugnis Gebrauch gemacht. Auf Antrag des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt hat er beschlossen, die Altersgrenze für den Bezug von Waisenrente und die Gewährung von Kinderzuschüssen wieder auf das 18. Lebensjahr heraufzusetzen. Rückwirkend vom 1. Oktober ab werden diese Leistungen und Zuschüsse wieder bis zum 18. Lebensjahr gezahlt, wenn nachgewiesen wird, daß die Kinder Berufs- und Schulausbildung erhalten. Zur Wiedergewährung dieser Leistungen bedarf es allerdings eines besonderen Antrages an die Reichsversicherungsanstalt.

Damit ist, soweit die Angestelltenversicherung in Frage kommt, ein Teil der Verschlechterungen, die durch Notverordnungen diktiert wurden, aus dem Wege geräumt worden. Wir fragen: Wo bleiben die Verbesserungen in der Invalidenversicherung? R. B.

### Verlängerte Krisenfürsorge

Bekanntlich beträgt die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und der Krisenunterstützung, beim Vorliegen der Voraussetzungen für den Bezug derselben, insgesamt 58 Wochen. Für Arbeitslose, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, kann die Krisenunterstützung für weitere 13 Wochen gewährt werden. Die langandauernde Arbeitslosigkeit hat trotz dieser verhältnismäßig langen Unterstützungsdauer die Gemeinden immer stärker belastet. Die Zahl der Arbeitslosen, die sowohl versicherungsmäßige wie auch Krisenunterstützung ausgezogen haben, wird immer größer. Die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden, denen all diese Menschen zur Betreuung überantwortet werden, drohen sich zur Katastrophe auszuwirken.

Diesem Zustand Rechnung tragend, hat der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß vom 7. 11. 1932 bestimmt, daß in der Zeit vom 28. 11. 1932 bis zum 31. 3. 1933 alle Bezüge von Krisenunterstützung in dieser verbleiben und nicht wie bisher mit Ablauf der Krisenunterstützung in die Wohlfahrtsfürsorge abzuwandern.

Der Präsident der Reichsanstalt hat nunmehr die Durchführungbestimmungen für diesen Erlaß bekanntgegeben. Danach hat ein Krisenunterstützter, dessen Unterhaltungsperiode in der Krisenfürsorge am 27. 11. dieses Jahres noch nicht abgelaufen war, unter Voraussetzung der üblichen Bedingungen Anspruch auf weitere Krisenunterstützung bis zum 31. März 1933. Der letzte Tag, an dem ein Arbeitsloser aus der Krisenfürsorge ausgetrennt werden konnte, war der 26. November 1932. Damit ist allerdings der Weiterbezug der Krisenunterstützung nicht ohne weiteres bis zum 31. März 1933 gegeben, sondern die Unterstützung wird auch weiterhin nur auf höchstens 13 Wochen, oder für die vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes festgesetzte Zeit bewilligt. Ist diese Frist abgelaufen, so muß in jedem einzelnen Falle die Weiterbewilligung beantragt werden. Zur Behebung der Schwierigkeiten der Weiterbewilligung in den Fällen, wo die Aussteuerung in der Zeit vom 28. November und 18. Dezember erfolgt wäre, hat der Präsident der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers folgendes angeordnet:

### Bücher auf dem Weihnachtstisch

Immer mehr wird das „eigene“ Buch für den Arbeiter zu einer Notwendigkeit. Die Anschaffung erfordert finanzielle Opfer, die trotz der erheblichen Senkung der Bücherpreise bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum mehr möglich sind. Mühen doch ohne die laufenden Ausgaben auf das Allernötigste eingeschränkt werden. Anschaffungen, die oft unabweisbar erscheinen, unterbleiben, werden zurückgestellt oder ganz ausgeblendet. Und dann noch Bücher? Es muß schon ein kleinerer Ausnahmefall sein, der eine solch ungewöhnliche Ausgabe, den bezahlten „Lohn“ eines Buchkaufes rechtfertigt. Und doppelt berechtigt und notwendig ist unter diesen Umständen die Fortsetzung des Buches, das finanzielle Opfer auch wirklich dem Wert des Buches entspricht und keine Enttäuschung bringt.

Das gilt vor allem auch für das Buch als Geschenk, das Buch, das wir lieben Freunden oder Angehörigen auf den Weihnachtstisch legen. Es muß in doppelter Hinsicht unserer Erwartung im Wert entsprechen: das geliebte finanzielle Opfer wollen ebenso wie das Gutes unserer Liebe, Bereicherung und lebende Freude zu geben. Darum soll das Buch auf dem Weihnachtstisch wirklich Wert-Buch sein und Buchhandlung im rechten Sinn. Nicht das Buch, das für eine kleine Schicht geistig ausgereicherter Menschen geschrieben wurde, aber auch nicht das Massenprodukt einer unbedingten Durchschneid- oder Klapphülle, sondern das Buch, das auch als Roman ebenso unterhaltend wie bildend, ebenso erziehend wie menschlich wertvoll ist. Dieses Wert-Buch aus der Reihe der Arbeiterliteratur in der letzten Literatur reichert sich auch im Hinblick auf unsere Zeit seinen Platz auf dem Weihnachtstisch. Es ist um so mehr geschätzter, als eben in unserer materiellen Not es den Geist bereichert und damit mehr gibt als manches andere nützliche oder schöne Geschenk.

Wert-Buch und wertvolles Geschenk in diesem Sinn sind die beiden Heimatkomanen vor allem, die der Herber-Berlag (Freiburg) neu herausgibt: Einem wirklich guten Heimatkomanen, dem Erich Müller-Abrenberg in seinem Buch „Der schwarze See von Ammergau“ (hart 3,50 M., Leinen 4,50 M.), der romanhaftesten Darstellung jener historischen Ereignisse, die Bergschichte für die berühmten Ammergauer Bergschichten waren. Der Verfasser hat nicht nur sorgfältig die in unserer Arbeit am Grottoen und allen Ammergauer Bergschichten verhandelt, ihnen in lebendiger Darstellung übergeordnete Gesichtspunkte zu geben. Gerade aber ist seine Erzählung über Bergschichte und Gegenwart hinweisend auf den lebenden Wert von der großen Kunst und inneren Zusammenhang, an

# Was erwartet das Volk und was tut not?

Bernhard Otte, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, macht in seiner Tageszeitung „Der Deutsche“ folgende grundsätzliche Ausführungen zur gegenwärtigen politischen Lage:

Die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung hat, ohne Unterschied der Partei, gegen die Regierung von Papen eine scharfe Opposition geführt. Sie hat es aus der klaren Erkenntnis getan, daß der Weg, den die Regierung ging, die allerschwersten Konflikte heraufbeschwören mußte. Immer stärker wurden den breiten Volksschichten die Lasten auferlegt, den Reaktionen nachgegeben, die Volksrechte bedroht und Zündstoff auf Zündstoff gehäuft. Jeder, der die Stimmung im Volke und die Auswirkungen vieler Handlungen der Regierung von Papen kennt, mußte aus innerer Verantwortung und aus Rücksicht auf die Gesamtinteressen den Kampf gegen Papen führen, und zwar mit dem Ziele, so bald wie möglich dem verhängnisvollen Kurs ein Ende zu bereiten.

Herr von Papen mußte gehen und mit ihm noch einige andere Minister. Da der Kampf um den Abgang des Kanzlers von Papen — als Führer der vorigen Regierung — zugleich ein Kampf um die Zukunft der Nation war, darf angenommen werden, daß die jetzige Regierung den feitherrigen Weg — wenigstens in entscheidenden Strecken — nicht mehr beschreitet. Geschehe das doch, dann muß man für die Zukunft unseres Volkes die allergrößten Befürchtungen hegen. Jedenfalls stehen weite Volkskreise dieser Regierung mit größerem Vertrauen gegenüber und erhoffen durchgreifende Maßnahmen. Diese Maßnahmen müssen sowohl den notleidenden Volksmassen Erleichterungen verschaffen als auch Entspannungen nach den verschiedensten Seiten hin bringen. Von den Maßnahmen, die am vordringlichsten sind, seien folgende kurz erwähnt:

1. Dem Hunger steuern. Wer das Elend breitet, hat entweder kein soziales Gefühl, oder er hat sich nie die Mühe genommen, ein tatsächliches Bild zu bekommen. Die zu stark reduzierten Unterhaltungen müssen aufgebessert werden. Ferner: Wir haben in diesem Jahre eine große Kartoffelernte, Ueberfluß an Getreide, und auf den Feldern liegen Millionen Tonnen Rohle. Den Massen aber gebricht es gerade an dem, was im Ueberfluß da ist. Bei allseitigem guten Willen und entsprechender Organisation muß es möglich sein, die Güter dorthin zu bringen, wo sie bitter benötigt werden und Hunger und Kälte in diesem schweren Winter von den Notleidenden fernzuhalten.

2. Arbeitsbeschaffung. So notwendig und dringlich es ist, der privaten Wirtschaft Erleichterungen zu gewähren und dadurch bei ihr neue Auftriebe auszulösen, steht doch außer Zweifel, daß damit allein nicht über den Krisenpunkt hinwegzukommen ist. Mittel und Wege zur Bewirkung öffentlicher Arbeiten gibt es gerade in den letzten Tagen ist u. a. auf den Weg einer Finanzierung mittels Verwendung nicht ausgenutzter Steuereinnahmen verwiesen worden.

3. Siedlung. Wir kommen nach Lage der Dinge um eine verstärkte Siedlung nicht herum. Sie ist zu einer

Die Unterstützungsdauer verlängert sich generell und ohne Weiterbewilligungsverfügung in den Krisenunterstützungsfällen, in denen die Aussteuerung zwischen dem 28. November und 11. Dezember erfolgt wäre, um drei Unterstühtungswochen, also um insgesamt 18 Unterstühtungsstage. Von denjenigen Fällen dagegen, in denen es sonst zwischen dem 11. und 18. Dezember zur Aussteuerung gekommen wäre, verlan-

Lebensfrage für unser Volk geworden. Mit Recht löst es Erbitterung aus, daß der große Raum im Osten nicht für die Zwecke einer planmäßigen und großzügigen Siedlung verfügbar gemacht wird. Das Interesse einiger Weniger darf nicht höher stehen als das Interesse der Gesamtheit.

4. Hin zum Weltmarkt, keine Abkappung. Durch die Kontingentsforderungen und -androhungen ist die industrielle Ausfuhr stark geschädigt und die Arbeitslosigkeit vergrößert worden. Keiner aus unseren Reihen will der Landwirtschaft den notwendigen Schutz verlagern. Geht aber der Schutz einseitig zu Lasten von Industrie, Handel und Konjumenten, dann werden alle geschädigt, nicht zuletzt auch die Landwirtschaft. Entsprechend unserer derzeitigen Lage ist dringendes Erfordernis eine Wirtschaftspolitik, die uns stärker in das Getriebe der Weltwirtschaft, besonders im Hinblick auf eine Förderung unserer Ausfuhr, einschaltet.

5. Schluß mit dem Experimentieren auf verfassungsrechtlichem Gebiete. Es ist schon mehr als ein Spiel mit dem Feuer, wenn durch verfassungsrechtliche Eingriffe zweifelhafter Art stets aufs neue Unruhe und Explosivstoff in die Bevölkerung hineingetragen wird. Niemand, der es ehrlieh mit unserem Vaterlande meint, wird sich gegen Maßnahmen wenden, die ein ungesundes Nebeneinander befeuchten und die Vereinfachung und Verbilligung bringen, wenn sie dem Volke nicht auf dem Wege des Diktates und mit dem Beigeschmack einer Gegnerschaft zur verfassungstreuen Bevölkerung besichert werden. Die Tatsache, daß Kreise, die den seitherigen Kurs stützten, sich laut und offen zum Sturz der Verfassung und zur Mißachtung der Urteile höchster Instanzen bekennen und bekennen durften, hat im Volke den Glauben hervorgekufen, daß mit zweierlei Maß gemessen wird. Das Vertrauen in die Objektivität der Staatsführung ist dadurch erschüttert; die Rechtsgrundlage des Staates steht nicht mehr fest.

6. Fort mit den letzten Notverordnungen. Insbesondere der sozialpolitische Teil der Notverordnung vom 4. September und in Verbindung damit die Lohnkürzungsverordnung haben große Beunruhigung und Erbitterung ausgelöst. Sie haben das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung gezeitigt. Ein erheblicher Teil der Arbeitgeber hat ebenfalls aus seiner Abneigung kein Hehl gemacht. Wir hoffen und erwarten zuverlässlich, daß die jetzige Regierung die erwähnten Teile der letzten Notverordnungen schnell beseitigt. Es geht hier nicht um das Prestige, sondern um unser Volk.

Erst wenn die jetzige Regierung durch geeignete und entschlossene Maßnahmen dem schwer notleidenden Volke Erleichterungen verschafft, kann man mit Recht von einer Wende zum Besseren sprechen und beruhigt in die Zukunft sehen. Keiner kann die Größe und Schwere der Aufgaben, vor denen die Regierung schleicher steht, verkennen. Weil dem so ist, und weil so vieles auf dem Spiel steht, ist es notwendig, daß die Volksvertretung im Interesse der Wirtschaft und des Volkes eine Periode der Ruhe und inneren Sammlung ermöglicht und ebenfalls von der Regierung eine soziale und entspannende Politik fordert.

gern sich die Unterstühtungswochen um 2, also um insgesamt 12 Unterstühtungsstage. Die Arbeitsämter sind verpflichtet, die in Frage kommenden Krisenunterstützten auf die Möglichkeit des Weiterbezuges der Krisenfürsorge hinzuweisen.

Mit diesem Erlaß wird den Gemeinden eine wesentliche Entlastung zuteil. Für die Unterstühteten bedeutet derselbe keine nennenswerte Verringerung. R. B.

denen unsere Zeit so arm ist. Darum gibt das Buch mehr als „Kritik und Unterhaltung“ und „Kritik und Unterhaltung“. Es weckt zugleich in uns selber jene tiefsten Kräfte des Weltanschaulichen, Guten, die wir heute alle so besonders notwendig haben.

**Volks- und Heimatkoman im besten Sinne des Wortes ist auch das Erst-Buch Ludwig Rathars „Das Schneidertlein im hohen Bann“ (gebunden 4,50 M., Leinen 6,- M.).** Die meisten Bücher, die in der letzten Zeit erschienen sind, sind in den besten Heimatkomanen einer bewegten Handlung sichtbar und verleiht den unüberbrückbaren Gegensatz von „Gut und Böse“ herauszutreten in der Schicksal eines Schneiders und Tüchtmachers. Die Schicksal, der immer tiefer sich in der eigenen Schwermut seines Lebens verliert, bis er endlich den Weg zur Erlösung findet. Mit Spannung, immer tieferer Anteilnahme folgt der Leser den Geschehnissen und sieht mit dem traurigen Selbsten der Erzählung des Rhein- und des Elb- und des Saale- und des Oder- und des Weser- und des Main- und des Rheins. In der das Buch mit der Schicksal des Schneiders ausläuft. Das Buch ist echt und wahr in seiner Sprache wie in seinen Menschen und fesselt und geradens, wie ein Buch heute sein muß.

Als drittes Buch, das mit Recht seinen Platz unter der „guten Literatur“ behaupten kann, legt der Herber-Berlag weiter die ebenfalls hervorragende wie lesenswerten Erzählungen „Strophes Bergschichte“ von Stromera und Bagabur vor (hart 2,50 M., Leinen 2,50 M.). Bergschichte führt wie der Titel seines neuen Buches schon sagt, ins Röhren der Landstraße, deren mannigfaltige Gestalten er uns lebendig vor Augen führt, sondern in wegsuchen, schönsten Lebensbegebenheiten, die er so niederträchtig, wie jene „Tippelbinder“, mit denen er Freund und Feind trübe, sie ihm machen. Gerade heraus, ohne große Fiktion — ist hart und richtiges — so eben, wie jene Menschen Sorgen, von ihren Freuden und ihrem Geiz? Wenn wir Bergschichte lesen, es zeigt uns eine andere Welt, so wie sie — gut und schön — wirklich ist! Es gibt unsern Blick neue Werte, unsern geistigen Urteil Tiefe und Bereicherung!

Einziges Roman im besten Sinne des Wortes ist Hans Galladas „Kleiner Kruz, was aus“ (hart 4,50 M., Leinen 5,50 M.), mit dessen Herausgabe der Tagelöhner-Verlag, Berlin, einen wertvollen Gewinn erzielt hat. Es ist ein Roman, der das Schicksal des „kleinen Mannes“, insbesondere auch das von Arbeitslosigkeit bedrohte Schicksal des Angestellten und Arbeiter, fesselt in der Mittelpunkt der modernen Literatur gestellt ist. Die dankenswerte neue Romanform als Roman-Drama sein kann, wenn ein wirklich hervorragendes Schrift-

steller, wie H. Gallada es tut, zeigt uns dieses Ehe-Idyll, das zwei aufrechte Menschen in ihrem Kampfe um Arbeit und Existenz uns nahebringt, wie kein anderes Buch. Hier erleben wir wirklich mit, teilen wirklich die kleinen bescheidenen Freuden und großen Sorgen dieser stillen, tapferen, jungen Menschen und zittern mit ihnen um ihr kleines und doch so großes Glück. Und wie Hans Gallada uns das alles mitteilen läßt! Wie er uns mitfreuen und mitbängen läßt und seine Menschen zu unsern Menschen — zu uns selber — macht und uns nahebringt! Das ist wirklich ganz groß und vollendet. Wir wünschen seinem Buche noch viele Leser — dann wird es viele Freunde finden. Und die hat es verdient.

Man kann, wenn man von wirklich guten Büchern spricht, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, wenn man nicht auch auf die immer wieder gleich wertvollen Neuererscheinungen des Volksverbandes der Buchfreunde (Regenweiser-Verlag, Berlin-Charlottenburg) hinweist. Urdeutsch, kernig und gesund ist Gustav Frenssens „Dummkopfs“ (Gebunden 5,- M.). Ein Gegenwarts-Roman, der von glänzendem Erzählertalent Zeugnis gibt. Innerlichster Humor verbindet sich hier mit Ergründung innersten Seelenlebens und elementarer Naturverbundenheit und gestaltet symbolhaft den deutschen Menschen überhaupt in immergleicher Art und Weise. Damit wird Frenssens Buch geistiges Volkswort in dem sich unruhig widersprechenden Zeitströmungen unserer Tage, wird wiederum Volksbuch und Fortschritt.

Inneren Wert in seiner Tiefe und gereiften Köchelartigkeit aber birgt nicht minder Karin Michaelis' neues Werk: „Die sieben Schwestern“ (Gebunden 3,80 M.), das uns Seele und menschlich-geistiges Wachstum der Frau, als Kind, Mädchen und Mutter gestaltet. Was hier vom Wesen der Frau, von Ehe und Familie gesagt ist, greift an die letzten Probleme überhaupt und erschließt Ein- und Ausblicke von letzter Reife und Tiefgründigkeit. Selten ist, man mag zu den einzelnen Problemen stehen wie man will, eine so ausgezeichnete Darstellung gerade jener innersten seelischen Geschehnisse in einem Frauen-Roman so gerückt wie hier. Alles Leid und alle Freude, dessen ein Frauen- und Menschenbild ist unterworfen ist, tragen die Menschen dieses Buches in ihren Schwächen und Stärken, wie es im Rahmen einer solchen Behandlung nur möglich ist. Das Buch mag nicht für jeden sein, aber es ist für alle jene, die mehr leben wollen als die problemlose „Geschichten“, für alle, die inneren Anspruch auch an die schöne Literatur stellen.

Bücher auf dem Weihnachtstisch? — Ja, und nochmals ja! Über Bücher, die mehr sind als Durchschnittsbücher, die bereichern, weil sie Bereicherung sind!

### Das Schlichtungswesen im Jahre 1931

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bringt in ihrer neuesten Nummer einen Ueberblick der Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931.

Das Kennzeichen dieses Berichtes ist, daß die Anteile der Arbeitnehmeranträge auf Einleitung des Schlichtungsverfahrens in letzter Zeit von Jahr zu Jahr stark zurückgegangen sind, während die Anteile der Arbeitgeberanträge entsprechend anstiegen. Die gleiche Erscheinung ist auch hinsichtlich der Anträge auf Verbindlichkeitsserklärungen festzustellen. Zwar wurden auch im Jahre 1931 noch zwei Drittel der Anträge von Verbindlichkeitsserklärungen von Schiedsgerichten von Arbeitnehmern gestellt, die Entwicklung der letzten Jahre aber läßt ein stetiges Zurückgehen des Anteiles der Arbeitnehmeranträge erkennen und dementsprechend ein Steigen des Anteiles der Arbeitgeberanträge. Von den 6898 Verfahren zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten wurden 71,2 v. H. der Fälle der Streitigkeiten durch die Bildung einer Schlichtungskammer erledigt. Von den vor der Schlichtungskammer verhandelten Fällen führten rund 13 v. H. zu einer Einigung, in rund 80 v. H. der Fälle erging ein Schiedspruch, so daß also überhaupt von den anhängig gewordenen Schlichtungsverfahren 56,5 v. H. mit einem Schiedspruch endigten. Gegenüber dem Jahre 1930 bedeutet dieses eine nicht unbedeutliche, offenbar aus der schärferen Zuspitzung der Streitigkeiten erklärlie Zunahme, denn in diesem Jahre wurden 52,4 v. H. der Schlichtungsverfahren durch Schiedspruch abgeschlossen. Über immer noch wurde die Mehrzahl der gefällten Schiedsprüche von den Streitparteien abgelehnt. Die Ablehnung ging hauptsächlich von der Arbeitgeberseite aus. Im Laufe des Berichtsjahres kamen insgesamt 1890 Verfahren von Verbindlichkeitsserklärungen zur Erledigung. Es gelang in 43,9 v. H. der Fälle, eine Einigung der Parteien zu erreichen, während in 28,7 v. H. der Fälle die Verbindlichkeitsserklärung erfolgte. Im ganzen zeigt die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1931 eine stärkere Inanspruchnahme als in den letzten Jahren, ein Zeichen der starken sozialen Spannungen, begründet in den schweren wirtschaftlichen Verhältnissen.

### Sinkendes Volkseinkommen

Das deutsche Volkseinkommen betrug im Jahre 1913 45,7 Milliarden RM. Die Nachkriegszeit brachte eine beträchtliche Steigerung. So wies beispielsweise das Jahr 1929 ein Volkseinkommen von 76,1 Milliarden RM. auf. In der dann einsetzenden Krise erfolgte ein Abfallen auf 57,1 Milliarden RM. im Jahre 1931. Diese Steigerung des Volkseinkommens beruhte aber im wesentlichen nur auf der in der Nachkriegszeit eingetretenen Preissteigerung. Unter Berücksichtigung der wirklichen Kaufkraft lag das Volkseinkommen nur in den Jahren 1927 bis 1930 4-9 Prozent über dem Volkseinkommen der Vorkriegszeit.

Aber auch diese Umrechnung auf die tatsächliche Kaufkraft ist noch lückenhaft, denn eine genaue Untersuchung muß die veränderte Struktur der deutschen Bevölkerung in Betracht ziehen. Die Bevölkerung ist gegenüber der Vorkriegszeit um 7,2 v. H. gestiegen, wobei vor allem der Anteil der erwachsenen Personen zugenommen hat. Auf diese Verbrauchseinheiten (Volkspersonen) umgerechnet, ist das Volkseinkommen auch in den besten Jahren des letzten Wirtschaftsaufschwunges hinter dem Volkseinkommen der Vorkriegszeit zurückgeblieben. Man hat berechnet, daß der Verbrauch einer Volksperson im Jahre 1931 sogar 20 Prozent unter dem Verbrauch der Volkspersonen in der Vorkriegszeit lag. Diese Berechnungen des statistischen Reichsamtes zeigen deutlich, wie stark Deutschland in den letzten Jahren verarmt ist.

### Das Berufsicksal der Schulentlassenen

In diesen Monaten werden die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter wieder von Tausenden von Schülern aufgesucht, die Ostern zur Entlassung kommen und in einen Beruf übergehen wollen. Im allgemeinen können heute die Berufsberatungsstellen, die nach Möglichkeit auch Vermittlungen vornehmen, nur einen Bruchteil der Schulentlassenen unterbringen.

Sehr aufschlußreich dafür ist eine Statistik des Landesamtes Ostpreußen, die soeben erschienen ist und die Arbeit der ostpreussischen Berufsberatungsstellen in den letzten Monaten behandelt. Ostpreußen ist die Provinz, in der auf dem Arbeitsmarkt im allgemeinen Nachfrage und Angebot sich am meisten ausgleichen und am ehesten die Jugendlichen unterzubringen waren. Das hat sich jetzt geändert. Die Zahl der Bewerber ist jetzt um 33 v. H. zurückgegangen. Es konnte in den letzten Monaten nur jeder fünfte Nachsuchende eine Lehrstelle erhalten. Insgesamt haben in den letzten Monaten über 9000 Nachsuchende, darunter 4943 Knaben und 4126 Mädchen, mit 19 000 Gesuchen die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter Ostpreußen in Anspruch genommen. 7000 von den Nachsuchenden stammten aus Volksschulen und 2000 aus höheren Schulen. Für die Knaben hat sich die Verschlechterung der Lage besonders in der Metallindustrie und im Baugewerbe ausgewirkt, wo Lehrstellen überhaupt nicht mehr zu beschaffen waren. Im Bekleidungs- und im Hotelgeschäft war ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erzielen. Im Einzelhandel, im Großhandel und in der Industrie hat sich die Zahl der Hochschulen um 30 Prozent verringert. Bei den Mädchen gruppieren sich die Berufswünsche in erster Linie um die Berufe der Verkäuferinnen (800), Konfektionärinnen (540), Schneiderinnen (460). Auch hier konnte nur ein Teil untergebracht werden.

### Betriebsunfälle sofort melden

Ein Angestellter hatte im August 1927 einen Betriebsunfall erlitten, der Unfall wurde aber nicht der Berufsgenossenschaft gemeldet, weil der Verletzte keine besonderen Beschwerden hatte. Aufstände des Verletzten an dem gequälten Ellenbogen suchte er durch krankenhaftige Behandlung zu beheben. Erst als die Schmerzen erheblich wurden, am 20. März 1930 erstattete der Unternehmer der Berufsgenossenschaft Anzeige, und darauf erhob der Verletzte den Anspruch auf Rente. Die Berufsgenossenschaft und das Oberversicherungsamt wies

## Der Wechsel im Arbeitsministerium

Die Arbeiterkassen haben naturgemäß an der Befehung des Arbeitsministeriums ein besonderes Interesse. Von der Initiative des jeweiligen Arbeitsministers hängt die gesamte Tendenz der Sozialpolitik in ausschlaggebendem Maße ab. Das hat in der Vergangenheit die aufbauende Sozialpolitik des ehemaligen Reichsarbeitsministers Dr. Braun ebenso wie die erhaltende und sichernde sozialpolitische Führung Stegerwalds und nicht minder die im entgegengekehrten Sinne verlaufene Tätigkeit des letzten Arbeitsministers Dr. Schäffer deutlich gezeigt.

### Reichsarbeitsminister Dr. Syrup

Mit der Ernennung des Präsidenten der Reichsanstalt und des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Friedrich Syrup, zum Reichsarbeitsminister ist ein Mann auf diesen für das Kabinett Schleichers sehr wichtigen Posten berufen worden, der die besten fachlichen und persönlichen Qualitäten dafür mitbringt. Dr. Syrup ist einer der wenigen Sozialpolitiker, die wir in Deutschland haben, die sozusagen von der Pike auf an sozialpolitischen Gesetzen der Nachkriegszeit mitgearbeitet und sie mitbeeinflusst haben. Aber der neue Reichsarbeitsminister ist nicht nur Sozialpolitiker als Beamter gewesen vom grünen Tisch aus, sondern in seiner Tätigkeit als Gewerbetätiger in der Vorkriegszeit mußte er sich vor allem auch mit der betrieblichen Sozialpolitik und der Unfallverhütung beschäftigen, so daß er neben der Gesetzeskenntnis auch praktische Erfahrung von den Auswirkungen dieser Gesetze im Betriebe mitbringt.

Die besonderen Verdienste des Präsidenten der Reichsanstalt liegen auf dem Gebiete des freiwilligen Arbeitsdienstes. Er hatte es verstanden, diesen Gedanken gegenüber den anderen Reichsressorts durchzusetzen und für den finanziellen Unterbau zu sorgen, wenn auch sehr oft allzu bürokratische Betreuungsmethoden das eigene Wachstum des F.A.D. zu überwuchern drohten. Aber es muß anerkannt werden, daß Dr. Syrup allen dahingehenden Beschwerden stets zugänglich war und auch für Abhilfe sorgte.

Viele Aufgaben warten auf den neuen Minister. Zuerst werden zahlreiche Aufräumungsarbeiten notwendig sein, denn die Erbschaft, die Dr. Syrup antritt, ist nicht in einem besonders guten Zustande. Es gilt die Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung und vor allem des lohnpolitischen Teiles der letzten Notverordnungen durchzuführen, damit wesentliche Störungsfaktoren wieder beseitigt werden. Im allgemeinen wird dem neuen Reichsarbeitsminister sehr viel Vertrauen entgegengebracht. Seine Arbeiten, die schon in der nächsten Zeit unter der Kritik der Öffentlichkeit stehen werden, müssen zeigen, ob er dieses Vertrauen rechtfertigen kann.

Dr. Friedrich Syrup wurde am 9. Oktober 1881 in Lychow/Hannover geboren. Er studierte zunächst Maschinenbau, machte das Diplom-Ingenieurexamen, dann studierte er Jura, promovierte zum Dr. jur. und trat in die Laufbahn der preussischen Gewerbeaufsichtsverwaltung über. 1907 wurde er Gewerbeassessor, später Gewerbeberater und Regierungsrat. 1918 trat er als Vortragender Rat und Geheimer Regierungsrat in das Preussische Handelsministerium ein, 1919 erfolgte sein Eintritt in den Reichsdienst, in dem er seit 1920 als Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, seit 1927 als Präsi-

dent der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung tätig ist. Am 10. Juli 1932 wurde er Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst.

### Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer a. D.

Reichsarbeitsminister Dr. Hugo Schäffer verläßt nunmehr sein Amt und tritt in den Ruhestand, denn nach dem geltenden Ministergesetz kann er nicht auf seinen früheren Posten als Präsident des Reichsversicherungsamtes zurückkehren. Dieser Posten ist zwar in der Amtszeit Dr. Schäffers als Minister nicht neubesetzt worden. Aber wenn Dr. Schäffer selbst als Kandidat für den Posten in Frage kommt, muß er, wie bei einer Neubesetzung, vom neuen Reichsarbeitsminister im Reichsrat vorgeschlagen werden, der sich dann für ihn zu entscheiden hat, damit die Ernennung durch den Reichspräsidenten erfolgen kann. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Reichsrat einem entsprechenden Vorschlag des Reichsarbeitsministers nachkommen wird, denn Dr. Schäffer findet bei seinem Abgang als Reichsarbeitsminister so ziemlich alle früheren Freunde als Gegner wieder. Schon bei seiner Ernennung zum Reichsarbeitsminister am 7. 7. 1932 wurde darauf hingewiesen, daß der damalige Präsident des Reichsversicherungsamtes eine gründliche Sachkunde zwar mitbringt und damit die Voraussetzung für eine Fortsetzung der Tradition des Reichsarbeitsministeriums gegeben wäre. Aber gleichzeitig betonten alle Äußerungen zu der Ernennung, daß erst die kommenden Notverordnungen die Gelegenheit zur wirklichen Beurteilung dieses Mannes geben werden. Das Urteil, das nun nach diesen Notverordnungen zu fällen ist, kann nicht günstig sein. Es ist bekannt geworden, daß z. B. der sozialpolitische Teil der letzten Papennotverordnung, der so viele Unbill erregt hat, ausschließlich auf sein Drängen in die Notverordnung aufgenommen wurde, und daß er auch der eigentliche Vater des Systems der Steuergutscheine mit Lohnkürzungen bei Neueinstellungen ist. Gerade die Tatsache, daß zahlreiche Arbeitgeberverbände von sich aus den Beschluß faßten, diese Möglichkeiten der Notverordnung nicht in Anwendung zu bringen und weiterhin die seinerzeit unwiderrprochen gebliebene öffentliche Feststellung, daß auch der Reichswirtschaftsminister gegen eine solche doppelte Vergünstigung der Unternehmer sich ausgesprochen hat, lassen sehr deutlich erkennen, daß Dr. Schäffer nicht das notwendige psychologische Fingerspitzengefühl und auch nicht die erforderliche wirtschaftliche Einsicht besessen hat, die nun einmal notwendig zur Amtsführung des Reichsarbeitsministeriums ist. Bei allem guten Willen, der unbedingt anerkannt werden muß, hat Dr. Schäffer unter Ablehnung der besonderen politischen Verantwortung, die das Amt des Reichsarbeitsministeriums in sich birgt, eine Sozialpolitik getrieben, welche die größten politischen Störungen angerichtet hat. Der Reichsarbeitsminister hat in manchen Worten und schriftlichen Äußerungen viel Verständnis für den Gewerkschaftsgedanken und für eine sozialpolitische Initiative gezeigt, aber er hat nicht die Kraft besessen, seinen Worten auch die notwendige Glaubenskraft mitzugeben, so daß er sich oft Gegner schaffte, ohne daß es eigentlich notwendig gewesen wäre. In das Amt, in das ihn seinerzeit der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers von Papen berufen hat, ist der Präsident des Reichsversicherungsamtes nicht hineingemacht, und in der Reihe der Reichsarbeitsminister nimmt Dr. Schäffer keinen guten Platz ein.

len den Antrag ab, weil die zweijährige Verjährungsfrist verstrichen sei. Das Reichsversicherungsamt (La 3917/31) hat die Entscheidung aufgehoben und die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente verurteilt. Es geht daraus aus, daß die Unfallanzeige am 20. März 1930 durch den Arbeitgeber zugleich bezweckt habe, Ansprüche des Arbeitnehmers zu begründen und geltend zu machen. Da erst am 4. Februar durch ärztliches Gutachten der Zusammenhang des Leidens mit dem Betriebsunfall und eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten in mehrbarem Grade festgestellt werden konnte, so ist der 1. Februar 1930 als Beginn der Entschädigungspflicht anzusehen.

Der Vorfall zeigt, wie wichtig es ist, für die alsbaldige Anmeldung des Unfalles zu sorgen, damit bei später auftretender Minderung der Erwerbsfähigkeit der Entschädigungsanspruch nicht durch Verjährung gefährdet wird.

### Gegen die Notverordnungen!

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften faßte zur sozialen Lage der Arbeiterschaft folgende Entschiedenheit:

Bitterer Not und tiefstes Elend lasten unerträglich auf der deutschen Arbeiterschaft, deren Fleiß und Tüchtigkeit die Grundlagen des einstigen Reichtums des Volkes waren und deren Tüchtigkeit und Fähigkeit die Hoffnungen auf den Wiederaufstieg des deutschen Volkes sind.

Die Millionen Arbeitslosen leiden Hunger. Riesengroß ist das Ausmaß ihrer Not. Die Regierung hat durch die Juni-Notverordnung Unterstützungsfälle verfügt, die selbst die bedürftigsten Lebensführung nicht mehr gestatten. Nach Abzug der Miete verbleiben erbärmliche Beträge von 25, 20, 15, selbst 3 Pfennig je Familienmitglied und Tag, die den kargsten Ernährungsbedarf nicht mehr decken.

Den Arbeitsinvaliden, denen in jahrelanger treuer Pflichterfüllung aufgeworbenen Arbeitern, den Witwen und Waisen gibt die Notverordnung Rentenbeträge, die in keinem gerechten Verhältnis zu der einstigen Beitragsleistung mehr stehen und die auch diese Kreise der armen Arbeiterschaft preisgeben.

Aber auch Hunderttausende noch in Arbeit stehender sind nach wiederholtem Lohnabbau bei weitgehender Kurzarbeit nicht besser gestellt als die hungernden Arbeitslosen. Die September-Verordnungen der Regierung erstreben weiteren Lohnabbau bis zu 27 Prozent,

bei dessen Verwirklichung die Lebensgrundlage weiterer Millionen von Volksgenossen zerstört wird.

Diese harte Not der Arbeiterschaft muß besonders drückend empfunden werden, da die Reichsregierung mit der Belastung der arbeitenden Schichten eine gleichzeitige Entlastung der besitzenden Kreise durch weitgehende Steuerergüsse verbunden hat.

Diese Zustände, die der christlichen Gerechtigkeit widersprechen, und den Glauben an den sozialen Willen der Staatsführung vernichten, werden zu den schwerwiegendsten Folgen für das gesamte Volks- und Staatsleben führen.

Der 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften fordert deshalb mit aller Entschiedenheit eine sofortige entscheidende Umkehr in dieser einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches.

### Vom Gewerkschaftsbeitrag

Der Kampf gegen den Gewerkschaftsbeitrag ist heute aktuell. Besonders die Unternehmerpresse versucht des öfteren in der Öffentlichkeit die Belastung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaftsbeiträge zum Kampf gegen die Gewerkschaften zu verwerfen. In Wirklichkeit sind aber die Gewerkschaftsbeiträge nur äußerst gering im Vergleich zu dem, was die Wirtschaft an Beiträgen zu allen möglichen Organisationen und Einrichtungen aufbringt. Dazu kommen noch die vielen Geheimfonds, über deren Verwendung die Öffentlichkeit nur ab und zu etwas erfährt. Ueber die Beiträge, die zu den Industrie- und Handelskammern von den zur Kammer gehörenden Firmen aufgebracht werden, enthält das Jahrbuch der Industrie- und Handelskammer für das Jahr 1928-29 folgende Angaben: Es betrug der Beitrag je Firma bei den Handelskammern Stettin 61,88 RM., Berlin 64,38 RM., Hannover 84,74 RM., Essen 95,45 RM., Köln 100,41 RM., Solingen 103,94 RM., und Breslau 113,06 RM. im Jahr. Das gesamte Beitragsaufkommen betrug in Solingen 191 050 RM., Stettin 249 728 RM., Essen 355 109 RM., Duisburg-Belet 378 401 RM., Hannover 479 029 RM., Köln 498 860 RM., Breslau 595 933 RM. und im Bereiche der Kammer Berlin 2 550 919 RM. Im Jahre 1931 berichtete ein der Ruhrindustrie sehr nahestehendes Blatt, daß ein Unternehmer für 18 (unvollständig) verbliebene Einrichtungen und Organisationen Beiträge gezahlt habe. Daraus ergibt sich also, welche gewaltige Summen die Unternehmer für ihre Organisationen aufbringen. Den Arbeitnehmern verdenken sie es aber, wenn diese unter den größten Opfern ihre Organisationen schlagkräftig zu erhalten suchen.

Bewahre die Ordnung - die Ordnung wird dich bewahren!

Dieser Wahrspruch möchte ich jedem Mitglied in sein Verbandsbuch zur Beherrschung und Befolgung einschreiben. - Es ist mir zur Gewissheit geworden, daß die Mitglieder den Wert des Verbandsbuches und der Beitragsmarken viel zu wenig schätzen. Dadurch entstehen oft starke Verluste den Mitgliedern, und den Vorstandsmittgliedern wird viel Arbeit aufgebürdet. Auch ernten letztere häufig ungerechte Vorwürfe, wenn den Mitgliedern durch eigene Unachtsamkeit Marken verlustig gehen.

Jede Beitragsmarke ist eine Quittung. Das wird so schnell vergessen. In jedes Markenfeld muß eine vollständige Marke geklebt sein.

Wird ein Verbandsbuch ins Büro gebracht und es fehlen eine oder mehrere Marken, so wird leicht gesagt, die Marken seien verloren. Der Vertrauensmann wird zum Zeugen angerufen. Aber das ist kein Beweis für die Zentrale. Liegen die leeren Markenfelder nun weit zurück und die Vertrauensleute haben des öfteren oft gewechselt, und der Zentrale hat das Buch nicht vorgelegen, so kann es vorkommen, daß den Besitzern die ihnen nach ihren Angaben tatsächlich zustehende Invalidentrente verweigert werden muß, weil eben die richtige Markenzahl nicht da ist. Die so Betroffenen schimpfen dann über den Verband, die Verbandsleitung und über die örtlichen Leiter. Jedoch sind einzig und allein sie selbst die Schuldigen, weil sie nicht auf ihren Beitrag und ihr Mitgliedsbuch geachtet haben.

Auch rächt sich heute die unregelmäßig erfolgte Beitragszahlung. Selbst in Zeiten, wo voll gearbeitet wurde, gab es immer Drückberger, die, wenn sie aus irgend einem Grunde einen Lohnausfall hatten, von dem Vertrauensmann eine Lokalmarke oder eine kostenlose Marke klebten. Die vermeintliche Einsparung kann nun zur Folge haben, daß ihnen in Notzeiten die Marken fehlen und sie bei der Unterstützung Schaden erleiden. Daß ihnen dabei nur recht geschieht, sehen sie nicht ein. - Manche Marke geht auch verloren, weil das Buch an einem feuchten oder einem zu warmen Ort aufbewahrt wird. Es lösen sich die Marken, und wenn sie nicht rechtzeitig eingeklebt werden, können sie verlustig gehen.

Bei dem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung macht der Ortsgruppenvorstand oft die Erfahrung, daß der Antragsteller noch vier oder mehr Marken zurück ist. Wird ihm jetzt klar gemacht, daß er eigentlich nicht mehr Mitglied des Verbandes sei und er keinen Anspruch auf irgendwelche Hilfe habe, so wird er erst erstaunt und dann entsetzt auf den Vertrauensmann schimpfen, immer noch dem Grundsatz: "Wer schuldlos will durchs Leben wandern, der schiebe seine Schuld auf andere."

Wer also sich selbst vor Schaden bewahren und dem Verbandsbuch, somit auch der Allgemeinheit dienen will, der bewahre Ordnung in seinem Verbandsbuch und die Ordnung wird ihn bewahren.

Erwerbslosigkeit und Neubausmieter

Die Ortsvereinigung Groß-Berlin für Angestelltenheimstätten hat eine Erhebung unter den 6738 Gageheimern veranstaltet, deren Ergebnis außerordentlich interessante Schlüsse auf die Lage der Neubausmieter insgesamt zuläßt. Wie aus dem vorgelegten Material hervorgeht, sind von den 6738 Mietern 931, also 13,8 vom Hundert erwerbslos. 128 = 13,7 v. H. der erwerbslosen Mieter sind 1-3 Monate, 149 = 16,0 Prozent 4-6 Monate, 304 = 22,7 Prozent 7-12 Monate und 350 = 27,6 Prozent sind über ein Jahr erwerbslos.

Was die Höhe der zu zahlenden Miete anbelangt, so wird in der Erhebung festgestellt, daß 264 erwerbslose Mieter = 28,4 Prozent eine Miete bis zu RM 50, 449 = 48,2 Prozent bis RM 51-60, 135 = 14,5 Prozent RM 61-70 und 88 = 8,9 Prozent eine höhere Miete zu zahlen haben. 437 = 46,9 Prozent der Mieter erhalten eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bis zu RM 60 monatlich, 119 = 12,8 Prozent zwischen RM 61-70, 71 = 7,6 Prozent RM 71-80 und 77 = 8,3 Prozent über RM 80 monatlich. 24,4 Prozent der erwerbslosen Mieter hatten keine Angabe über die Höhe der Unterstützung gemacht, was z. T. darauf zurückzuführen werden kann, daß die Höhe der Unterstützung am Stichtage der Erhebung noch nicht bekannt war, z. T. darauf, daß infolge des Einkommens eines Familienmitgliedes die Hilfsbedürftigkeit verneint wurde. Außerordentlich interessant ist, daß die Höhe der Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in den meisten Fällen gerade ausreichen würde, um den Mietverpflichtungen nachzukommen. Wenn aber der erwerbslose Neubausmieter auch noch so geringe Mittel zum Lebensunterhalt braucht, sind die Mietrückstände mit all ihren traurigen Folgeerscheinungen unausbleiblich. Eine einigermaßen wirksame Hilfe kann nur eine Herabsetzung der Hypothekenzinsen bringen, die eine Senkung der Neubausmieten ermöglichen würde.

Allgemeine Rundschau

Terror... Zwang... Mißwirtschaft... Hunger!

Das ist der russische Volkshemden. Die russischen Zeitungen schreiben jetzt 1932 hier es: Ein in die Kollektivwirtschaften, wer nicht will, muß es haben. Hier verprochen wurde alle Seligkeit.

Ja, und was? Was sind sie denn in den Kollektivwirtschaften, die Bauern, um gehört das Vieh, die Maschinen, der Acker der Kollektivwirtschaft. Aber es gibt noch andere Kollektivwirtschaften, die Warenkollektiven, die die Städte zu beliefern haben. Die brauchen Vieh. Wo wird der kollektivisierte Bauer erneut zwangsenteignet. Die Folge war, daß zahlreiche Bauern lieber den Terror erdulden und in die Verbannung gingen. Der Rest aber?

Da schreibt die "Branda" Nr. 136 vom 18. Mai 1932: Die Kollektivisten werden in der Zuteilung der ihnen zustehenden Getreidemengen betrogen. Dies ist bereits zur Massenentscheidung geworden.

Ungebrochen wird ebenso zurück gegeben. Die Sowjetmacht hat die Getreidemenge so groß, daß die Bauern zur Verfügung zu verwenden. Die höhere Leistung ist darüber erobert. Es erobert ein Zwang, sich das fehlende Saatgut an anderer Stelle

„künstlich“ zu verschaffen. Es werden Saatkartoffeln gekauft. Das Kollektiviertel „Krauni“ erobert 1932 Kg. Bis zum Bahnhof Taschent geht alles glatt. Das kommunistische Bahnhofsrestaurant (so was gibt es!) beschlagnahmt die ganze Ladung für sich und entschädigt die Kollektivisten, die für die Saatkartoffeln 400 Rubel bezahlt hatten, mit 30 Ropelen.

So lebt der Russe. In dieser Form ist die Gemeinschaft kommunistischer Proletarier gedacht und durchgeführt. Der Erfolg ist Hunger auf dem Lande, sind Arbeitsverweigerungen in der Industrie. Dagegen wird mit Terror gearbeitet. Und der Fünftjahresplan? Und das Heil? Die Befreiung.

Terror... Zwang... Mißwirtschaft... und Hunger.

Die deutschen Kommunisten sind die Schüler Moskaus. Soll es hier anders sein?

Das kann man uns nicht vormischen. Das nicht. Deswegen für den christlichen Volkshemden!

Berichte aus den Ortsgruppen

Mhaus. Zu einer außerordentlich eindrucksvollen Feier gestaltete sich das 30jährige Gründungsfest unserer Ortsgruppe, die am 4. Dezember im großen Jugendheimjaal stattfand. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und mehrerer anderer Darbietungen, die am gleichen Tage in unserem Orte stattfanden, konnte der Festsaal die große Zahl der erschienenen Mitglieder und Gäste kaum fassen. Die Darbietungen reicherhaltigen in vollem Maße dieses starke Interesse. Ein selbstgedichteter Prolog der Kollegin Krieger leitete die Veranstaltung in guter Weise ein. Musikdarbietungen einer vorzüglichen Hauskapelle unter der hervorragenden Leitung des Herrn Eier schufen eine entsprechende Feststimmung und Verbindung zwischen den einzelnen Darbietungen. Nach kurzen Begrüßungsworten des Ortsgruppenvorsitzenden, Kollegen Deiters, veranstaltete zunächst die weibliche Jugendgruppe einen gut aufgeführten Reigen, an den sich die Darbietung des Lachener Weberspiels anschloß. Kollege Maier, Düsseldorf, hielt die Festansprache, in der auf Sinn und Bedeutung der Veranstaltung hingewiesen wurde. Dann nahm der Kollege Riesenhaus als Geschäftsführer die Führung der Ortsgruppenjubilare vor, denen er mit dem Dank der Bezirksleitung und der Ortsgruppe die von der Zentrale gestiftete Ehrennadel, das Verbandsdiplom und ein weiteres praktisches Haushaltsgegenstand für die Ortsgruppe überreichte.

Ganz besonders eindrucksvoll war ein anschließendes Theaterstück „Heimat“, das die Erlebnisse eines deutschen Fremdenlegionärs schilderte. Die Spieler gaben ausnahmslos ihr Bestes und boten zum Teil wirklich hervorragende Leistungen in ihrem Spiel. Eine glückliche Regie brachte das wirklich gute Theaterstück voll zur Geltung. Nach einem herzlichen Schlusswort des Kollegen Maier wurde die Veranstaltung mit einem gemeinsamen Liede der Anwesenden geschlossen. Hoffen wir, daß sie im Sinne der Festansprache und im Sinne der Jubilare dazu beitragen möge, auch die künftige Entwicklung unserer Ortsgruppe zu fördern.

Epa. Am Dienstag, dem 15. November, fand abends im Saale Rache eine große Jugendversammlung der christlichen Gewerkschaften statt, an der die männlichen und weiblichen Jugendgruppen und die katholische Jugendjugend teilnahmen. Verschiedene andere Jugendliche waren auch anwesend. Kollege Schippers konnte bei der Eröffnung außer den Genannten besonders den Reichsjugendführer Franz Fischer, den Präses des katholischen Arbeitervereins, Herrn Birkar Deggert, sowie die Vorstände der christlichen Gewerkschaften und des katholischen Arbeitervereins, ferner rund 30 Kolleginnen und Kollegen aus Gronau begrüßen. Wohl jetzt war der Saal so überfüllt. Reichsjugendführer Fischer hielt ein recht begeistertes, von öfterem Beifall begleitetes Referat, wobei er im Anfang seiner einflussigen Rede besonders auf die Zusammenarbeit der christlichen Gewerkschaften mit den konfessionellen Glaubensvereinen hinwies. Des weiteren legte er die Aufgaben der Jugendlichen in vorzüglicher Weise auseinander. Ein harmonisches Verhältnis der Jugendgruppen wird besonders mit der Werkjugend angestrebt, von beiden Zeitaltern stark gefördert. Kollege Fischer verlor es, viele neue Aufgabengebiete zu eröffnen. Reicher Beifall belohnte seine lehrreichen Ausführungen. Herr Birkar Deggert unterrichtete voll und ganz die Worte seines Vortragenden und wies ebenfalls auf die gemeinsame Zusammenarbeit hin, die heute notwendiger denn je ist. Kollege Sparenberg aus Gronau gab einen präzisierenden Unterrichtsplan für diesen Winter bekannt, der gemeinsam mit dem katholischen Arbeiterverein durchgeführt wird. Die einzelnen Unterrichtsringe mit ausdauernden Rednern und entsprechenden Themen werden noch besonders festgelegt. Verschiedene gemeinschaftliche Vieder sorgten für Abwechslung. Der so rege verlaufene Abend hat gezeigt, daß es in Epe noch eine lebendige Jugend gibt.

Jubilarfeier. Die weibliche Jugendgruppe Jbbendbüren hatte am 4. Dezember die Frauen und Mütter eingeladen und auch jene Arbeiterinnen, die unserer Gruppe noch nicht angehören. In einem hellen, gemütlichen Raum des katholischen Gesellenhauses hatten die Kolleginnen die Vorbereitungen zur Veranstaltung getroffen, und gut hatten sie das gemacht!

Wie appetitlich waren die Tische gedeckt! Die Kolleginnen wollten ihre Mütter und sonstigen Gäste gut bewirten und ihre hauswirtschaftlichen Kenntnisse zeigen. Es ist ihnen gelungen, das Urteil zu widerlegen: Die Arbeiterinnen verstehen vom Haushalt nichts! Beschrieben in Form und Gehalt waren die Kuchen, die sie auf den Tisch gebracht hatten.

Schlüssig wurde das Zeichen zum Anfang gegeben. Kollegin Schwerts trug einen sehr schönen Willkommengruß vor, wozu die Gruppenleiterin die lieben Gäste begrüßte und der Referentin, Kollegin Küper, Münster, das Wort zur Ansprache erteilte. Sie führte unter anderem aus: „Wenn ich zu Hause, liebe Frauen und Mütter, sprechen darf, so will ich gleich zu Anfang meiner Ausführungen sagen, daß ich eine Bitte an Sie richten möchte. Ich möchte Sie bitten, uns Euren Namen, Euren Wohnort und Euer Alter, zu helfen, das Ziel zu erreichen, das wir uns gesetzt. Helfen Sie mit, daß die Arbeiterin ein Stand werde, daß sie gleichberechtigt und gleichgewertet mit eingebliedert werde im Staats- und Gesellschaftsleben. Die Frauen können uns weitgehend dabei helfen, und es ist schade um die Arbeiterin, daß es noch so viele Frauen gibt, die noch nicht wissen, was das Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Was die Gattin, die Mutter sagt, wiegt schwerer als eine großangelegte Rede. Tragen Sie echten Gewerkschaftsgeist in die Familien hinein, dann wird er von den Männern, von den erwachsenen Söhnen und Töchtern wieder hingeworfen werden ins große Gemeinschaftsleben. Wird von Ihnen jeden Tag die Reinlichkeit der Bewegung betont, dann wird's von Ihren Familienangehörigen geglaubt, eher, als wenn aus Münster oder sonst irgendwo her jemand kommt, der es ihnen glauben machen will.“

Jam Schluß beendete die Referentin: „Wenn es unter der Mithilfe unserer Frauen und Mütter gelingt, den Gewerkschafts-Gewerkschaftsgedanken in der Arbeiterin fest zu verankern, dann werden für uns wieder bessere Tage kommen.“

Wiederum es es kann und wird es auch, mit dürfen nur den Glauben an uns selber, den Glauben an uns und die Hoffnung auf eine bessere Zeit nicht verlieren, und nicht zuletzt den Glauben an den, der die Kraft liebt zum Gebete macht; er wird schließlich mit einer Bewegung sein, die ihr Ganzes dann fest, wie ein Stein auf dem Boden der Welt in die Welt hinein zu wirtschaftlichen Leben wieder Stellung zu verschaffen.“

Beim Vortrag wurden Lieder, Gedichte und Spiele in heimatlicher Sprache die Versammlung noch eine Weile zu kommen. Hoffen wir, daß diese Veranstaltung den Zweck er-

füllt hat, den sie erfüllen sollte, nämlich, daß durch dieselbe der Ortsgruppe und auch der Arbeiterinnengruppe aus den einzelnen Familien neue Mitglieder zugeführt werden.

Neusäß/Ober. Am 19. November veranstaltete die hiesige weibliche Jugendgruppe einen „Bunten Abend“. Unserer Einladung waren auch die Kolleginnen und Kollegen mit ihren Angehörigen recht zahlreich gefolgt, so daß wir noch große Mühe hatten, alle Gäste unterzubringen. Das war ein Erfolg, den wir freudig begrüßen. Denn das gab neuen Mut und neue Begeisterung. Unser Geschäftsführer, Kollege Gehring, gab in seinen herzlichen Begrüßungsworten auch seiner Freude darüber Ausdruck. Eingeleitet wurde der Abend mit dem Lied „Guten Abend, euch allen hier beifam“, gefolgt von der Jugendgruppe. Unsere Gruppenführerin, Elisabeth Waidacher, richtete herzliche Worte besonders an die Eltern der jungen Kolleginnen, welche sich noch nicht unserer Gruppe angeschlossen haben, daß diese es bald tun möchten. Dann folgten in kurzen Abständen die humoristischen Zwiegespräche „Die Hochzeiten“, „Verwechslung über Verwechslung“ und das Lustspiel „Wisschens Geburtstag“. Alle Darbietungen wurden mit reichem Beifall und allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. Eine Verlosung sorgte für Abwechslung. Große und kleine Gewinne, zum Teil von der Jugendgruppe gestiftet, hielten ihrer Empfänger. Bald war auch die kleine Enttäuschung derjenigen überwunden, welche dabei leer ausgehen mußten. Bei den lustigen Rätseln und Geigenklängen verflohen akkuschnell die Stunden, welche uns auf so fröhliche und schöne Weise vereinten. Wohl gab es ein Abschiednehmen, aber gewürzt mit dem Versprechen eines baldigen Wiedersehens, sei es bei Spiel und Tanz, sei es zu ernster Arbeit. Daran halten wir fest.

Peterswaldau. Am Sonntag, dem 27. November 1932, feierte die Ortsgruppe Peterswaldau (Eggb.) ihr 10jähriges Bestehen im Lokal „Deutsche Krone“. Die Feier wurde durch einige Musikstücke, gespielt von der Kapelle Seifert, Langenbielau, eingeleitet. Alsdann brachte Fel. O. Neugebäude einen Prolog zum Vortrag. Anschließend begrüßte Kollege Kothler die erschienenen Gäste und Kollegen und dankte für den guten Besuch. Außerdem dankte Kollege Kothler den Theaterspielern aus Langenbielau, die sich unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, zumal der Heinertrag für die arbeitslosen Kollegen bestimmt war. Ferner dankte er für die Gaben, welche die Geschäftswelt für die Verlosung gespendet hatte, sowie auch den Kolleginnen und Kollegen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten und erteilte anschließend dem Gewerkschaftssekretär Kollegen Trepte aus Langenbielau das Wort zur Festrede über Entstehung, Sinn und Zweck der christlichen nationalen Arbeiterbewegung. Im Mittelpunkt des Abends stand das Theaterstück „Wüllers Prinzeßchen“, das den Adel christlicher Arbeit dem Adel des Blutes gegenüberstellte. Die einzelnen Rollen waren gut verteilt, und alle Mitwirkenden boten ihr Bestes. Nach dem Theater fand eine an Gewinn reiche Verlosung statt. Ein Tänzchen setzte der wohl gelungenen Feier die Krone auf.

Sonthofen. Am 30. Oktober 1932 sammelte sich um 12.30 Uhr im „Adler“ die Sonthofener Textilarbeiterjugend, um der Fischener Jugendgruppe einen Besuch abzustatten. Um 2.30 Uhr hatten wir unser Ziel in Fischchen erreicht. Die Jugendführerin, Kollegin Kling, brachte herzliche Begrüßungsworte zum Ausdruck. Einleitend sprach Bezirksobmann Kollege Fischer einen gut vorgetragenen Prolog. Danach anknüpfend ergriff der Kollege das Wort zu einem Vortrag. Ein von der Kollegin Schmidt gesprochenes Gedicht kam wirkungsvoll zur Geltung. Sodann wurde dem Vorsitzenden der Ortsgruppe Sonthofen, Kollegen Wabel, das Wort erteilt. Er brachte insbesondere den Wert des Verbandes zum Ausdruck. Nach diesen Ausführungen ging man zum unterhaltenden Teil über. Abwechslungsmäßig wurde die Zeit durch Tänzen ausgefüllt. Zwei Kolleginnen der Fischener Jugendgruppe brachten ein humoristisches Theaterstückchen zur Aufführung. Der originelle Komiker, Kollege Deng, verstand es durch seine urwüchigen Vorträge, die Lachmuskeln in Bewegung zu setzen. Zum Schluß der Veranstaltung sprach die Fischener Jugendgruppe den Dank für den Besuch der Nachbargruppe Sonthofen aus und widmete als Anerkennung ein Wimpelband. Die Zeit verging akkurat, und wir mußten Abschied nehmen mit dem Versprechen, gegenseitig ein baldiges Wiedersehen herbeizuführen.

Stadtlöhn. Einen guten Besuch konnte unsere letzte Mitgliederversammlung aufweisen, in der der Kollege Maier über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse referierte. Wenn gerade hier in Stadtlöhn in den letzten Monaten vielleicht mancher Textilarbeiter und manche Kollegin geglaubt hat, sie könne die Gewerkschaften entbehren oder den anderen das Opfer des Gewerkschaftsbeitrages überlassen, sich selbst aber von der Mitgliedschaft und dem Beitragsopfer freimachen, so haben Aussprache und Vortrag gerade dieser Versammlung uns wieder deutlich gezeigt, wie irrig und gefährlich für die Arbeiterin eine solche Meinung ist. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, da die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so unklar und unsicher sind, ist es doppelt notwendig, daß die Arbeiterin sich ihre gewerkschaftliche Rückendeckung erhält und im Verband geschlossen bleibt. Das sollte auch zahlreichen Stadtlöhner Kolleginnen und Kollegen eine ernste Warnung sein. Persönliche Interessen und persönliche Verärgerung gilt es zurückzustellen im Interesse der gemeinsamen Gefahr, die uns droht, und des gemeinsamen Zieles, das wir erstreben müssen: Sicherung und Besserung unserer wirtschaftlichen Lage. Möchten alle Kolleginnen und Kollegen danach handeln!

† Sterbetafel †

- Lamb. Rinech, Gronau, 32 J. - Babette Rieckler, Kaufbeuren, 57 J. - Johannes Ringel, Reumünster, 57 J. - Antonian Breners, M.Glabach, 77 J. - Bernh. Suesmann, Emsdetten, 54 J. - Ferd. Offermann, Brand/Wachen, 23 J. - Leopold Kollmann, Kulda, 75 J. - Frau Hulda Ludwig, Döhrup, 67 J. - Heinz Müller, M.Glabach, 53 J. - Joh. Schorer, Bocholt, 55 J. - Rath. Wittmann, Kaufbeuren, 63 J. - Jos. Reine, Schragiswände, 71 J. - Christine Bahl, Schopheim, 69 J. - Eva Biermann, Düren, 21 J. - Joh. Rabians, Eberfeld, 72 J. - Josef Huber, St. Blasien, 67 J. - Adolf Funder, Werben, 81 J. - Gottfr. Fajden, Lobberitz, 68 J. - Frau Rosa Stad, 71 J. - Frau Maria Krieger, Grewing, 67 J. - Anna Müller, Engelskirchen, 53 J. - Jos. Weg, Bruchmühl, 56 J. - Christoph Rungler, Espelberg, 57 J. - Franz Jungfermann, Daxr, 57 J. - Karl Aug. Vogel, Bufenbach, 44 J. - Frau E. Wenninger, Engelskirchen, 64 J. - Joh. Hölcher, Rheine, 68 J.

Ruhet in Frieden!

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Sozialer Kurs! - Die Forderungen des DDB. an die Reichsregierung. - Hilfe für die Arbeitslosen! - Rotverordnungsmaßnahmen. - Verlängerte Arbeitslosigkeit. - Was erwartet das Volk und was tut es? - Das Schicksalswesen im Jahre 1931. - Sinkendes Volkseinkommen. - Das Berufsständel der Schulentlassenen. - Betriebsunfälle sofort melden. - Der Wechsel im Arbeitsministerium. - Gegen die Rotverordnungen! - Vom Gewerkschaftsbeitrag. - Bewahre die Ordnung - die Ordnung wird dich bewahren! - Erwerbslosigkeit und Neubausmieter. - Revillatou. - Wäber auf den Weihnachtstisch. - Allgemeine Rundschau. - Berichte aus den Ortsgruppen. - Sterbetafel.

Schriftleitung: Otto Maier, Düsseldorf, Florastraße 7.